

Nachhaltige Finanzierung

Ein Handlungsrahmen für eine nachhaltige Wirtschaft

23. Juni 2021

Instrumentenkasten zur Umsetzung der EU-Klimaziele

Im Dezember 2019 verabschiedete die Europäische Kommission den European Green Deal mit sehr ehrgeizigen Zielen. BDI und Bankenverband unterstützen diese Vorhaben. Seit geraumer Zeit leistet die deutsche Wirtschaft einen signifikanten Beitrag zum Klimaschutz und zu einer effizienteren Nutzung natürlicher Ressourcen. Die deutsche Industrie stellt bereits heute viele Weltmarktführer im Bereich grüner Technologien, die von den Banken in Deutschland finanziert werden.

Sowohl Unternehmen als auch Banken sehen in der Transformation ebenso eine Chance. Damit diese ergriffen werden kann, sind Investitionen in enormer Höhe vonnöten. Gemäß der BDI-Studie „Klimapfade für Deutschland“ würden für eine 95-prozentige Treibhausgas-Reduktion bis 2050 durchschnittliche jährliche Mehrinvestitionen in Höhe von ca. 1,2 bis 1,8 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts benötigt, das sind ca. 40 bis 60 Milliarden Euro pro Jahr (Basis: BIP 2020). Notwendig ist hierfür ein gemeinsamer Handlungsrahmen, in dem Politik, Realwirtschaft und Finanzwirtschaft an einem Strang ziehen und sich gemeinsam den großen Herausforderungen stellen. Die Verschärfung der Klimaziele für das Jahr 2030 haben die Dringlichkeit nochmals erhöht.

Mit dem Aktionsplan „Finanzierung nachhaltigen Wachstums“ hat die Europäische Kommission einen ersten Grundstein gelegt, jedoch reicht dieser allein nicht aus. Was es braucht, ist ein facettenreicher Instrumentenkasten insbesondere auf europäischer Ebene, der den Übergang hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaft forciert. Nur so kann wirtschaftliche Rentabilität, technische Machbarkeit und gesellschaftliche Akzeptanz gewährleistet werden.

Deutschland und Europa für die Transformation fit machen

Um die Wirtschaftsstandorte Deutschland und Europa für die Transformation zu stärken, sind anspruchsvolle Maßnahmenpakete notwendig; abgestimmt auf die unterschiedlichen sektoralen Bedürfnisse, jedoch einheitlich im europäischen Binnenmarkt und international anschlussfähig. Die derzeitige deutsche Führungsrolle in relevanten Technologien muss erhalten und weiter ausgebaut werden können. Darüber hinaus sollte gelten, dass alle Unternehmen, die Teil der Transformation sein wollen, adäquate Unterstützung bekommen. Diese kann in Form von privaten Finanzierungen und staatlicher Förderung erfolgen.

Im Bereich der privaten Finanzierungen sollte das Augenmerk nicht nur auf der Kapitalmarktfinanzierung liegen, denn der überwiegende Teil der Finanzierungen in Europa wird über Kredite

bewerkstelligt. Daher werden und wollen Banken in der Transformation eine tragende Rolle spielen. Hierfür ist jedoch wichtig, dass sie das passende Rahmenwerk an die Hand bekommen. Dieses muss auf den richtigen Anreizen beruhen und so ausgestaltet sein, dass Banken ihren Beitrag auch leisten können.

Neben der Bankfinanzierung sind auch staatliche Aktivitäten für die Gestaltung des Strukturwandels vonnöten. Grundsätzlich braucht es eine langfristig verlässliche und glaubwürdige Klimapolitik inklusive widerspruchsfrei geregelter Instrumente wie dem Emissionshandelssystem. Ein besonderer Blick sollte auf der Förderung von risikoreichen Investitionen in Schlüsseltechnologien liegen. Die Ausgestaltung des deutschen Zukunftsfonds mit einem Volumen von zehn Milliarden Euro spielt dabei eine große Rolle. Auch „Wichtige Vorhaben im Gemeinsamen Europäischen Interesse“ (Important Projects of Common European Interest, IPCEIs) mit europäischen Partnern sind relevant. Zugleich gilt es, Förderlösungen für Betriebskosten und Kohlenstoff-Differenzverträge zusätzlich zur Investitionskostenförderung insbesondere für den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft zu finden. Hierfür benötigt es passende Beihilferegeln, die zeitnah auf europäischer Ebene angepasst und verabschiedet werden müssen.

Zudem würde eine bessere Nutzung des Spielraums in der Förderpolitik die Transformation effektiver unterstützen. Konkret ist zu prüfen, inwieweit dem Prinzip der Risikoteilung bspw. in Form einer partiellen Haftungsfreistellung ein größerer Platz im Instrumentenkasten eingeräumt werden könnte. Auch sollten Förderprogramme einer größeren Zahl von Unternehmen und mit geringerem administrativen Aufwand zugänglich gemacht werden. Zudem könnte durch die richtige Kombination aus Anreizen, bspw. Zinsvergünstigungen oder staatliche Zuschüsse in Branchen oder Projekten mit größerer Risikoexposition das benötigte Kapital schnell und gezielt zur Verfügung gestellt werden.

Alle öffentlichen Maßnahmen sollten untereinander konsistent sein und sich an den Investitionszyklen orientieren. Das Heranziehen von verlässlichen Klimapfaden würde die Transparenz erhöhen und Planungssicherheit für Unternehmen schaffen. Fortschritte und Probleme auf diesen Pfaden sollen regelmäßig analysiert werden, um gegebenenfalls Abhilfe bzw. mehr Unterstützung schaffen zu können.

Nachhaltigkeitsberichtswesen angemessen weiterentwickeln

Nachhaltigkeitsdaten spielen eine entscheidende Rolle. Sie unterstützen Eigen- und Fremdkapitalgeber bei ihrer Aufgabe, Nachhaltigkeitsaspekte besser beurteilen zu können. Besonders für den Bereich der Kapitalmarktfinanzierung nimmt die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsberichterstattung einen großen Stellenwert ein. Da jedoch alle vor den gleichen Herausforderungen stehen und Kapitalströme international verlaufen, wird hierfür eine international abgestimmte Herangehensweise benötigt. Dabei muss schrittweise vorgegangen werden.

Im Kreditgeschäft werden Banken zukünftig mehr Nachhaltigkeitsinformationen benötigen. Sie brauchen Daten, deren Erhebung auf praxistauglichen Regeln basiert und die den unterschiedlichen Geschäftsmodellen der Kreditnehmer Rechnung tragen. Zugleich müssen sie dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit folgen. Besonders kleine und mittelständische Unternehmen gilt es vor übermäßigen Berichtslasten zu bewahren.

Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.bdi.eu
T: +49 30 2028-0

Bundesverband deutscher Banken e.V. PF 040307
10062 Berlin

Redaktion

Dr. Klaus Günter Deutsch
Abteilungsleiter
Research, Industrie- und Wirtschaftspolitik
T: +49 30 2028 1591
k.deutsch@bdi.eu

Dr. Carsten Rolle
Abteilungsleiter
Energie- und Klimapolitik
T: +49 30 2028 1595
c.rolle@bdi.eu

Annette Selter
Referentin
Steuern und Finanzpolitik
T: +49 30 2028 1430
a.selter@bdi.eu

Torsten Jäger
Leiter Nachhaltigkeit
T: +49 30 1663 2160
torsten.jaeger@bdb.de

Ann-Ulrike Henning
Associate Director
T: +49 30 1663 1527
ann-ulrike.henning@bdb.de

BDI Dokumentennummer: D 1364